

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 3. Oktober 1984

am Donnerstag, dem 4. Oktober 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Althammer (CDU/CCSU)	44, 45	Dr. Meyer zu Bentrup (CDU/CSU)	24, 25
Austermann (CDU/CSU)	32, 48	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	35
Bindig (SPD)	6, 7	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	60
Broll (CDU/CSU)	31	Pauli (SPD)	69, 70
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	42, 43	Rapp (Göppingen) (SPD)	38, 39
Catenhusen (SPD)	10, 11	Frau Roitzsch (Quickborn) (CDU/CSU)	2, 3
Dr. Czaja (CDU/CSU)	19	Sauermilch (DIE GRÜNEN)	8, 9
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN)	67, 68	Schmidbauer (CDU/CSU)	36, 37
Gansel (SPD)	15, 16	Dr. Schroeder (Freiburg) (CDU/CSU)	71, 72
Grunenberg (SPD)	13, 14	Schwenninger (DIE GRÜNEN)	1, 41
Hedrich (CDU/CSU)	65, 66	Dr. Sperling (SPD)	4, 5
Hettling (SPD)	58, 59	Frau Steinhauer (SPD)	47
Heyenn (SPD)	51, 52	Stiegler (SPD)	21, 40
Kirschner (SPD)	20, 46	Toetemeyer (SPD)	17, 18
Dr. Klejdzinski (SPD)	22, 23	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	56, 57
Dr. Kübler (SPD)	26, 55	Wiefel (SPD)	53, 54
Kuhlwein (SPD)	49, 50	von der Wiesche (SPD)	12
Lambinus (SPD)	61	Dr. Wittmann (CDU/CSU)	29, 30
Dr. Lammert (CDU/CSU)	62, 63	Würtz (SPD)	64
Löffler (SPD)	27, 28	Frau Zutt (SPD)	33, 34

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	13

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|--|--|
| 1. Abgeordneter
Schwenninger
(DIE GRÜNEN) | Kann die Bundesregierung den Inhalt des Berichts der Mainzer „Allgemeinen Zeitung“ vom 24. Juli 1984 bestätigen, daß der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Vogel, während eines offiziell als Urlaubsreise deklarierten Aufenthalts in Namibia für den Bundeskanzler sondiert hat und dort mit führenden Politikern von internen Parteien sowie dem südafrikanischen Generaladministrator zusammengetroffen ist? |
|--|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post-
und Fernmeldewesen**

- | | |
|--|--|
| 2. Abgeordnete
Frau
Roitzsch
(Quickborn)
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß es unzählige kleine und mittelständische Betriebe gibt, die auch noch am Sonnabend arbeiten müssen und deshalb darauf angewiesen sind, daß ihre Geschäftspost auch am Wochenende noch befördert wird? |
| 3. Abgeordnete
Frau
Roitzsch
(Quickborn)
(CDU/CSU) | Sieht sich die Bundesregierung in der Lage sicherzustellen, daß in jeder größeren Gemeinde wenigstens ein Briefkasten noch in den Abendstunden des Sonnabends geleert wird, um zu gewährleisten, daß die Postzustellung zum darauf folgenden Montag erfolgen kann? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

- | | |
|---|--|
| 4. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Trifft es zu, daß die Wohngeldleistungen seit 1982 real um über 20 v. H. zurückgegangen sind und bis 1986 weiter zurückgehen werden? |
| 5. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) | Wenn ja, wie vereinbart die Bundesregierung dies mit ihrer Auffassung, daß das Wohngeld zu den wichtigsten Instrumenten einer sozialen Wohnungspolitik gehört? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

- | | |
|---|--|
| 6. Abgeordneter
Bindig
(SPD) | Zu welchen Ergebnissen kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik über die Beschäftigungswirksamkeit deutscher Entwicklungshilfe, und warum hält das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit den Inhalt der Studie unter Verschluß (siehe „Wirtschaftswoche“ 39/1984)? |
|---|--|

7. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung für ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Zaire, wenn Meldungen zutreffen, wonach der zairische Staatspräsident Mobutu seit Jahren Geldbeträge – man spricht von mindestens 2 Milliarden US-Dollar – auf private Konten im Ausland übertragen haben soll, und sieht die Bundesregierung im Zusammenhang damit negative Auswirkungen auf die Pflege unserer Beziehungen mit Zaire angesichts von Informationen, wonach die Mitarbeiter der zairischen Botschaft in Bonn seit zehn Monaten keine Gehälter mehr erhalten haben sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

8. Abgeordneter
Sauermilch
(DIE GRÜNEN)
- Warum wird nach Auffassung der Bundesregierung mit der Erhöhung der Atomtransporte durch Inbetriebnahme des Zwischenlagers Gorleben nicht wenigstens solange gewartet, bis die vom Bundesminister für Forschung und Technologie in Auftrag gegebene Risikoanalyse über Atomtransporte vorliegt?
9. Abgeordneter
Sauermilch
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage aus dem Zwischenbericht dieser Risikostudie von Mai 1983, derzufolge die zu erwartende Kollektivdosis an radioaktiven Strahlen für die Bevölkerung bei Realisierung des vorgesehenen „Integrierten Entsorgungskonzepts“ um das Vierfache ansteigt, vor dem Hintergrund des § 28 Strahlenschutzverordnung, demzufolge „jede unnötige Strahlenexposition oder Kontamination von Personen, Sachgütern oder der Umwelt zu vermeiden“ ist?
10. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Wie vereinbart die Bundesregierung die Zusammenarbeit der DFVLR mit dem brasilianischen Centro Technico Aeroespacial (CTA), einer militärischen Einrichtung, mit einer ausschließlich auf friedliche Zwecke gerichteten Zielsetzung der deutsch-brasilianischen Raketentechnologie-Kooperation angesichts bekanntgewordener Überlegungen in Brasilien, eine militärische Variante der Höhenforschungsrakete SONDA zu entwickeln, die auch als Trägersystem für nukleare Sprengköpfe geeignet wäre (vgl. Estado de Sao Paulo vom 9. Dezember 1983)?
11. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Wird die Bundesregierung vor der für den Monat November in Aussicht genommenen Kabinettsentscheidung über eine bundesdeutsche Beteiligung am Bau einer amerikanischen bemannten Raumstation eine Kosten-Nutzen-Analyse unter

wissenschaftlichen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Gesichtspunkten als Entscheidungsgrundlage erstellen lassen, und wen hat die Bundesregierung mit der Erstellung einer solchen Kosten-Nutzen-Analyse beauftragt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

12. Abgeordneter
von der Wiese
(SPD)
- Wann gedenkt die Bundesregierung, die Zusatzprotokolle I und II zu den Genfer Rotkreuzabkommen vom 12. August 1949, die die Bundesrepublik Deutschland am 10. Juni 1977 paraphiert hat, zu ratifizieren?
13. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die Vereinbarung eines Zeitplans bekannt, der festlegt, daß die erste Gruppe (first-family) der Pionierinvestoren im Tiefseebergbau der Vorbereitungskommission für die Meeresbodenbehörde bis zum 9. Dezember 1984 Anträge auf Abbaufelder vorlegen wird, die dann in der nächsten Sitzung der Vorbereitungskommission vom 4. März bis 5. April 1985 registriert werden, diese Antragsteller sich am 17. Dezember 1984 treffen, um die Koordinaten ihrer Abbaufelder auszutauschen zwecks Feststellung von Feldüberschneidungen, diese Antragsteller sich bis spätestens 11. Januar 1985 treffen müssen, um im Falle von Feldüberschneidungen Verhandlungen zur Streitbeilegung aufzunehmen, und diese Verhandlungen bis zum 4. März 1985 abgeschlossen sein müssen und das Ergebnis der Verhandlungen dem Vorsitzenden der Vorbereitungskommission bis zum 8. März 1985 vorgelegt werden muß?
14. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung im Falle der Existenz des Zeitplans eine Möglichkeit, der Arbeitsgemeinschaft meeresstechnisch gewinnbare Rohstoffe (AMR) das vorgesehene Abbaufeld im Falle einer Anerkennung als Pionierinvestor zu sichern, ohne in Konflikt mit der ersten Gruppe der Pionierinvestoren, Frankreich, Indien, Japan, Sowjetunion, zu geraten?
15. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung im derzeitigen Vorsitz im Ministerrat der WEU der Empfehlung der WEU-Versammlung vom 19. Juni 1984 entsprochen, das Rüstungskontrollamt der WEU zu beauftragen, Erklärungen der Mitgliedstaaten zu überprüfen, demzufolge sie die kriegsführenden Staaten im Golfkrieg weder direkt noch indirekt mit chemischen Waffen versorgt haben?

16. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Hat sich die Tätigkeit des Rüstungskontrollamtes der WEU hinsichtlich der Kontrolle von Entwicklung und Produktion von Fertigungsanlagen von Stoffen und Gegenständen, die zur chemischen Kriegsführung geeignet sind, bewährt, und wie beurteilt die Bundesregierung auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen Behauptungen, sie habe durch die Genehmigung bestimmter Verkäufe an den Irak die Voraussetzung für den Einsatz chemischer Waffen im Golfkrieg geschaffen?
17. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerungen des südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha anlässlich der 3. Lesung des Haushalts 1985 vor dem südafrikanischen Parlament, „er sei während seiner Europareise auf wenig Widerstand gegen Pretorias Forderung gestoßen, die Kubaner müßten vor einer Durchführung des Lösungsplanes für Südwestafrika/Namibia aus Angola abgezogen werden“, und hat gegebenenfalls auch die Bundesregierung diese Forderung des südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha unterstützt?
18. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Wenn ja, wie verträgt sich diese Unterstützung mit der Resolution 435 der Vereinten Nationen?
19. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung sich im Verhältnis zum Ostblock „nach den von der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Verträgen“ richtend (Plenarprotokoll 10/86, S. 6326), gemäß dem auch vom Osten unberührt hingenommenen Artikel 7 des Deutschlandvertrags, einig mit den USA, diesen Verbündeten darin unterstützen, daß vor oder zusammen mit jeder dauerhaften „Regelung für ganz Deutschland“ und der aufgeschobenen „endgültigen Festlegung der Grenzen Deutschlands“, unter Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschen, auch die Freiheitsrechte des polnischen Volkes verwirklicht werden müssen, die nach der Krim-Konferenz allen neuen Gebietsregelungen vorgehen sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

20. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die in der Bundesrepublik Deutschland jährlich anfallenden finanziellen Gesamtaufwendungen für Verpackung und Beseitigung von Müll sind, und wie hoch liegt dabei der jährliche Pro-Kopf-Anteil (der Erwerbstätigen) an den genannten Kosten?

- | | |
|--|--|
| 21. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) | Wie bewertet die Bundesregierung die Qualität des Datenschutzes im Bereich von Wirtschaft und Verbänden, und was wird sie unternehmen, um vor dem Hintergrund der Berichte der Datenschutzbeauftragten in einigen Ländern eine Verbesserung des Datenschutzes im privaten Bereich zu erreichen? |
| 22. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, ausgehend davon, daß ehemalige Müllkippen fortdauernd und ohne zeitliches Limit unter wasserwirtschaftlichen Aspekten beobachtet werden sollten, alle Müllkippen wasserwirtschaftlich zu beobachten, zumal davon auszugehen ist, daß unbeobachtete Müllkippen chemische Zeitbomben sind? |
| 23. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) | Was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, um die Bebauung ehemaliger Müllkippen generell zu untersagen? |
| 24. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung die Pyrolyse (Müllvergasung) für ein technisch ausgereiftes, förderungswürdiges und zukunftsträchtiges Verfahren zur Beseitigung bzw. zur Verwertung des Mülls? |
| 25. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) | In welchen Ländern und mit welchen Erfahrungen wird das Pyrolyse-Verfahren angewandt? |
| 26. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) | Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die EAP (Europäische Arbeiterpartei) vor, insbesondere zur Mitgliedschaft, zur Finanzierung und zu den politischen Zielen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|---|--|
| 27. Abgeordneter
Löffler
(SPD) | Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu Überlegungen ein, den Standort des Juristischen Informationszentrums – JURIS – nach Berlin (West) zu verlegen? |
| 28. Abgeordneter
Löffler
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Falle der Einrichtung von JURIS in Berlin (West), die vielfältigen Möglichkeiten von anderen Datenverarbeitungssystemen, Forschungseinrichtungen und entsprechenden Firmen zu nutzen? |

29. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(CDU/CSU)
- Welche Straftatbestände sieht die Bundesregierung in objektiver Hinsicht als verwirklicht an, wenn die der Verteidigung unseres Landes dienenden Sprengschächte in Brücken zugemauert werden, wie dies z. B. am 16. September 1984 in Frankfurt/Main geschah, und was kann die Bundesregierung innerhalb ihres Verantwortungsbereichs unternehmen, wenn sie feststellen sollte, daß zuständige örtliche Behörden die Unbrauchbarmachung derartiger Einrichtungen zulassen, obwohl die Verhinderung möglich und geboten war?
30. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(CDU/CSU)
- Welche Straftatbestände sieht die Bundesregierung in objektiver Hinsicht als verwirklicht an, wenn entsprechend den öffentlich bekanntgewordenen Aufrufen der sogenannten Friedensbewegung zu Manöverbehinderungen militante Gegner unserer Landesverteidigung Fahrzeuge der Bundeswehr am Marsch zu ihren Einsatzorten hindern und mit Parolen besprühen oder zahlreiche große, mit Gas gefüllte Luftballone an über 100 Meter langen Leinen am Rand von militärisch genutzten Flugfeldern aufsteigen lassen, wie es z. B. am 15./16. September dieses Jahres am Flughafen Frankfurt/Main versucht wurde, und sieht die Bundesregierung die geltenden rechtlichen Regelungen als ausreichend oder als im Interesse der Landesverteidigung änderungsbedürftig an?
31. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Wie kann die Bundesregierung einer Erschütterung der wertprägenden Bedeutung des Strafrechts im allgemeinen Bewußtsein der Bevölkerung entgegenwirken, wenn diese dadurch bewirkt wird, daß eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt sich zur Dokumentation der Begehung einer vorsätzlichen Straftat einladen läßt, diese anschließend bundesweit im Fernsehen ohne Hinweise auf den strafbaren Charakter verbreitet und dem strafbaren Geschehen durch die Entsendung von Reportern, die Filmaufnahme und deren Ausstrahlung den Anschein der Normalität und öffentlichen Billigung gibt, wie es am 16. September dieses Jahres in Frankfurt/Main geschehen ist, als der Hessische Rundfunk auf Einladung der Täter das Zumauern von Sprengschächten in einer Main-Brücke filmte und die ARD in ihrer Tagesschau am selben Abend darüber breit berichtete, ohne auf den strafbaren Charakter des Geschehens hinzuweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

32. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, kinderreichen Familien, anderen Privatpersonen oder Betrieben, die junge Mädchen als Haushaltshilfe oder im „freiwilligen sozialen Jahr“ für soziale Dienste einsetzen und damit u. a. zur Entspannung der Ausbildungssituation beitragen, durch steuerliche Entlastung zu helfen?

33. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung das Reduitgebäude der als militärisches Kulturdenkmal von nationaler Bedeutung eingestuften ehemaligen Festung Wilhelmsburg an eine Wohnungsbaugesellschaft veräußert hat, ohne zuvor ein Einvernehmen mit dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Ulm herzustellen?
34. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD)
- Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, um mit dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Ulm zu einer Nutzung des Festungsbauwerkes zu gelangen, die seiner besonderen militärbauhistorischen Funktion und denkmalpflegerischen Bedeutung entspricht?
35. Abgeordneter
Müller (Wesseling)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung dem Begehren der privaten Krankenversicherer entsprechen und die Prämien für private Pflegeversicherungen den unbeschränkt abzugsfähigen Sonderausgaben zuordnen?
36. Abgeordneter
Schmidbauer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Mineralölprodukte, deren Entweichen als flüchtige Kohlenwasserstoffe in die Atmosphäre mit Hilfe von Dämpferückgewinnungsanlagen, z. B. bei modernen Raffinerieverladungseinrichtungen, aus Umweltschutzgründen verhindert wird, zweimal der Mineralölsteuer unterworfen werden, und wie beabsichtigt die Bundesregierung für den Fall, daß dies bisher so ist, eine die Einführung moderner Umweltschutztechniken weniger ungerecht belastende steuerliche Behandlung sicherzustellen?
37. Abgeordneter
Schmidbauer
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung andere Fälle bekannt, in denen die Entwicklung moderner Umweltschutztechniken zu Problemen einer angemessenen steuerlichen Behandlung geführt haben, und auf welche systematische Weise werden derartige Fälle erfaßt und gelöst?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

38. Abgeordneter
Rapp (Göppingen)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Aufsicht über die Kreditvermittler, die nicht die Eigenschaft von Kreditinstituten gemäß § 1 KWG haben, bei den im wesentlichen auf die Überwachung technischer Einrichtungen ausgerichteten Gewerbeaufsichtsämtern kompetent und ausreichend ausgeübt wird bzw. ausgeübt werden kann, oder teilt sie meine Auffassung, daß für diese Aufgabe doch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen die fachbezogen richtigere Behörde wäre, der sie dann auch übertragen werden sollte?

39. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Hat die Bundesregierung einen Überblick über die tatsächliche Ausübung der Aufsicht über die Kreditvermittler durch die Gewerbeaufsichtsbehörden und die von ihnen getroffenen Veranlassungen?
40. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen der Bundesregierung mit den Zonenrandländern über die Fortführung der erweiterten Kohlefrachthilfe über den 31. Dezember 1984 hinaus, und ist die Bundesregierung bereit, mit den Zonenrandländern, insbesondere mit Bayern, eine Anschlußvereinbarung für die nächsten Jahre abzuschließen?
41. Abgeordneter
Schwenninger
(DIE GRÜNEN)
- Wieso liegt bei der Lieferung von 104 Kisten mit 515 Heckler & Koch-Gewehren, die von den peruanischen Behörden im Dezember 1983 auf dem Flughafen von Lima beschlagnahmt wurden, kein Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz oder das Kriegswaffenkontrollgesetz vor?
42. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Menge von Reet aus Südosteuropa und über den Einfluß dieses Imports auf die Preise für die inländischen Reeterzeuger?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

43. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob von deutschen Meiereien, insbesondere aus der DDR, aus der CSSR und aus Österreich zugekauft wird, um eigene Kapazitäten auszulasten?
44. Abgeordneter
Dr. Althammer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß nach Angaben des Fachverbandes der Marktmolkereien vom 25. September 1984 die Preise für Milch, Butter, Käse, Joghurt, Sahne und Speisequark steigen werden, weil eine Verknappung an Milchaufkommen auf Grund der jüngsten EG-Beschlüsse zur Eindämmung der Überschüsse aufgetreten sei?
45. Abgeordneter
Dr. Althammer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bei der EG einerseits rund 1 Million Tonnen Butter eingelagert sei, andererseits aber die Nachfrage nach Butter innerhalb der Bundesrepublik Deutschland nicht gedeckt werden könne?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

46. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Auf welche Summe beläuft sich gegenwärtig der Wert aller Forderungen der Versicherten an die gesetzliche Rentenversicherung?
47. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Sind der Bundesregierung Veröffentlichungen bekannt, daß z. B. in Nordrhein-Westfalen keine Mittel für neue Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mehr zur Verfügung stehen, und wie sind solche Verlautbarungen mit den Antworten der Bundesregierung in der Fragestunde am 19. September 1984 (Plenarprotokoll 10/84) in Einklang zu bringen?
48. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung auf Grund der ihr nach dem Tarifvertragsgesetz obliegenden Registrierung von Tarifverträgen bekannt, ob in Gewerkschaftsbetrieben, z. B. COOP und Neue Heimat, Arbeitszeitverkürzungen (Wochenarbeitszeit, Vorruhestand) 1984 tarifvertraglich vereinbart worden sind, und werden diese Verträge für allgemeinverbindlich erklärt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

49. Abgeordneter
Kühlwein
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung plant, künftig auch den Luftraum „ostwärts von Hamburg“ für den Tiefflugverkehr der Bundesluftwaffe zu benutzen, und sind damit die Kreise Herzogtum Lauenburg, Stormarn und Segeberg gemeint?
50. Abgeordneter
Kühlwein
(SPD) Auf welchen Trassen ist unter Berücksichtigung des grenznahen Raums und der Bevölkerungsdichte im Umkreis der Freien und Hansestadt Hamburg mit Tiefflugverkehr zu rechnen?
51. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Hält die Bundesregierung Tiefflugverkehr durch die Bundesluftwaffe angesichts der östlich von Hamburg verlaufenden Einflugschneisen des Flugverkehrs Hamburg-Fuhlsbüttel im Hinblick auf eine mögliche Gefährdung des zivilen Luftverkehrs für unbedenklich?
52. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung mögliche Reaktionen der DDR auf die Aufnahme des Tiefflugverkehrs durch die Bundesluftwaffe in einem Raum, der nur 20 bis 40 Kilometer von der Grenze der DDR entfernt ist, und wie beurteilt sie einen solchen Vorgang unter dem Gesichtspunkt der zwischen den Blöcken vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen?

53. Abgeordneter
Wiefel
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Soldaten der Luftwaffe, die zur Tiefflug-Ausbildung nach Goose Bay/Kanada kommandiert werden, über die hohen Lebenshaltungskosten und Kaufpreise klagen, die dort auf Grund der extremen geographischen Lage herrschen?
54. Abgeordneter
Wiefel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den nach Goose Bay/Kanada kommandierten Luftwaffensoldaten diese hohen Lebenshaltungskosten bzw. den Kaufkraftverlust durch eine angemessene Erhöhung der Auslandsaufwandsentschädigung (Änderung der Ländergruppen-Zuordnung für Goose Bay) auszugleichen?
55. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Ist durch die für den US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein in der Pfalz vorgesehene Stationierung von insgesamt 72 neuen Mehrkampfflugzeugen vom Typ F-16 auch mit einer verstärkten Lärmbelästigung durch vermehrte Tiefflüge im südhessischen Raum zu rechnen?
56. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Treffen Meldungen der Stuttgarter Nachrichten vom 18. September 1984 zu, daß die Panzertruppe der türkischen Armee mit deutschen Leopardpanzern modernisiert wird?
57. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Trifft es zu, daß in der Bundesregierung Überlegungen angestellt, werden, wie durch ein Lieferprogramm von Leopardpanzern für die türkische Armee eine Auslastung der Panzer-Produktion erreicht werden kann?
58. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Auf welcher gesetzlichen Grundlage kann das Schiff der Bundesmarine Y 857 am 20. August 1984 auf der internationalen Seewasserstraße Fehmarnsund—Kielweg außerhalb der deutschen Hoheitsgewässer andere Schiffe auffordern, diese Seewasserstraße zu verlassen und parallel dazu zwei Seemeilen nördlicher zu fahren, weil in einem Schießgebiet, das südlich der Seewasserstraße liegt, scharf geschossen wird?
59. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit Schiffe der Bundesmarine in Zukunft nicht mehr den Verkehr auf internationalen Seewasserstraßen behindern und damit internationale Bestimmungen verletzen?
60. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Treffen Presseberichte zu, daß bei den gegenwärtig stattfindenden Herbstmanövern im Rahmen einer Übung im süddeutschen Raum Schiedsrichter und ausgesuchtes Fachpersonal mit scharfer Munition ausgerüstet wurde, und welche Begründung vermag die Bundesregierung dafür anzugeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

61. Abgeordneter
Lambinus
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß alle nichtapothekenpflichtigen Medikamente uneingeschränkt gesundheitlich unbedenklich sind, auch bei Beachtung der sogenannten Beipackzettel?
62. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die noch vorhandenen rechtlichen und tatsächlichen Benachteiligungen von Adoptivkindern bzw. Adoptiveltern zu beseitigen, und wird sie bei der für 1986 angekündigten Einführung des Erziehungsgeldes sicherstellen, daß dies auch Adoptiveltern von Kleinkindern in Anspruch nehmen können?
63. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß die für die geplante zweijährige Praxisphase erforderlichen Stellen so rechtzeitig und so vollständig zur Verfügung stehen, daß nach dem ohnehin überdurchschnittlich langen Medizinstudium nicht Wartezeiten bis zum abschließenden Teil der Ausbildung entstehen, und daß die mit Stellen versorgten „Ärzte im Praktikum“ auch tatsächlich ausgebildet werden und nicht für selbständige Stationsdienste ohne eine entsprechende kontinuierliche Betreuung durch Chefärzte, Oberärzte und festangestellte Assistenzärzte ohne entsprechende Bezahlung eingesetzt werden?
64. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß zunehmend radioaktiv bestrahlte Lebensmittel aus EG-Nachbarländern in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden, und wenn ja, wie gedenkt sie die Einhaltung des deutschen Lebensmittelgesetzes zu garantieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

65. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Deutsche Bundesbahn auf der Strecke Hamburg—Hannover für das Jahr 1985 die Bedienung der Orte Lüneburg, Uelzen und Celle durch D-Züge, die ab Hannover als Inter City-Züge weiterlaufen, aufzuheben?
66. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Welchen Ausgleich wird die Deutsche Bundesbahn schaffen, falls Züge wie der IC 581 Riemenschneider nicht mehr in den Orten Lüneburg, Uelzen und Celle halten sollen?

67. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Bestätigt die Bundesregierung Informationen, denen zufolge das mit der „Mont Louis“ im Ärmelkanal untergegangene leicht angereicherte Uran aus den Beständen des Atomkraftwerkes Neckarwestheim stammt und nach Anreicherung in der Sowjetunion dort erneut zum Einsatz kommen sollte?
68. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Für welche weiteren Atomkraftwerke der Bundesrepublik Deutschland gilt, daß ihr Brennstoff im Rahmen des sogenannten Brennstoffkreislaufes über Frankreich in die Sowjetunion und zurücktransportiert werden muß, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung nach dem „Mont Louis“-Unglück für weitere vorgesehene Transporte dieser Art?
69. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Ausführungen des Sachverständigen Beratenden Ingenieurs Wolfram Bläsius in diversen Fach- und Autozeitschriften bekannt, wonach zwar Millionen von Verkehrsteilnehmern in ihrem Personenkraftwagen, Personenkraftwagen-Kombi, Kleinbus sowie auf Dachlastträgern oder in Personenkraftwagen-Anhängern teilweise große und schwere Güter befördern, ihnen aber keine ausreichende Informationen über die richtige Sicherung dieser Güter zur Verfügung stehen, um sich und andere im Falle einer Vollbremsung, eines leichten Auffahrunfalls oder bei einem plötzlichen Ausweichmanöver vor herabfallenden oder kippenden Ladungen zu schützen, und welche Initiativen hat die Bundesregierung in diesem Teilbereich der Verkehrssicherheit bisher ergriffen?
70. Abgeordneter
Pauli
(SPD)
- Reichen nach Auffassung der Bundesregierung das Prinzip der Eigenverantwortung sowie die bestehende StVO bzw. StVZO aus, um die Verkehrsteilnehmer dazu anzuhalten, Schäden und Unfälle durch auf oder in Personenkraftwagen etc. stehende Güter zu verhindern, bzw. hält die Bundesregierung in diesem Bereich entsprechende Initiativen für erforderlich?
71. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Einführung von übertragbaren „Umweltschutzabonnements“ nach dem Basler Modell im Straßenbahn- und Busverkehr deutscher Städte auf Schwierigkeiten stößt, weil dadurch die Ausgleichszahlungen der Länder nach § 45 a des Personenförderungsgesetzes ganz oder teilweise entfallen?

72. Abgeordneter
Dr. Schroeder
(Freiburg)
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine entsprechende Änderung der Vorschriften des Personenförderungsgesetzes dergestalt für angezeigt, daß die Einführung von Umweltschutzkarten im öffentlichen Personennahverkehr nicht zu einem Verlust der für die regionalen Verkehrsträger existenznotwendigen Landeszuschüsse führt?

Bonn, den 28. September 1984

